

Schlwort „Vereinfachen“**EU-Kommission will mehr Ausnahmen beim Datenschutz**

Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen soll die DSGVO inhaltlich verändert werden. Die EU-Kommission will Dokumentationspflichten für mittelgroße Unternehmen abschaffen. Aus der Zivilgesellschaft kommen Warnungen: Was nach einer kleinen Reform klingt, könnte die Büchse der Pandora öffnen.

16.05.2025 um 12:31 Uhr - Maximilian Henning, Ingo Dachwitz - in [Datenschutz](#) - 6 Ergänzungen



Unternehmen sollen weniger dokumentieren müssen
– Gemeinfrei-ähnlich freigegeben durch unsplash.com Kelly Sikkema

Die Europäische Kommission hat schon vor einer Weile [angekündigt](#), dass sie manche Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) abschwächen will. Ein [Brief der EU-Datenschutzbehörden](#) gibt nun Einblicke darin, was genau Justizkommissar Michael McGrath plant. Offiziell vorgestellt werden soll das Vorhaben schon in der [kommenden Woche](#).

Das große Motto der EU-Kommission in der zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen ist [die Wettbewerbsfähigkeit](#) und, damit verbunden, das „Vereinfachen“ von EU-Gesetzen. Dabei besteht sie sehr auf ihrer Wortwahl: Es geht nicht ums Deregulieren, sondern nur darum, die bestehenden Gesetze für Unternehmen einfacher umsetzbar zu machen, heißt es immer wieder.

Ausweitung von Ausnahmen

Der Brief der Datenschutzbehörden zeigt nun, was das in einem ersten Schritt für die DSGVO bedeuten soll. Sie antworten darin auf die Kommission, die in einem eigenen Brief, der nicht öffentlich ist, ihre Vorschläge dargelegt hatte. Die drehen sich hauptsächlich um das sogenannte Datenverarbeitungsverzeichnis aus Artikel 30 der DSGVO.

Dieser Artikel regelt, wie Organisationen dokumentieren müssen, welche Daten sie wie verarbeiten. Sie müssen etwa festhalten, welche Daten sie wofür verarbeiten, welche Kategorien von Personen von einer Datenverarbeitung betroffen sind und auch, an welche Empfänger:innen Datenübermittelt werden. Zudem soll technische und organisatorische Maßnahmen dokumentiert werden, mit denen die Daten geschützt werden.

Alles, was netzpolitisch relevant ist.

Drei Mal pro Woche als Newsletter in deiner Inbox.

[Jetzt abonnieren](#)

Organisationen mit weniger als 250 Beschäftigten sind von diesen Regeln ausgenommen – außer die Verarbeitung könnte ein Risiko für Rechte und Freiheiten der Betroffenen bergen. Die Kommission will diese Ausnahme nun anscheinend auf Organisationen mit bis zu 500 Beschäftigten ausdehnen, die unter einer bestimmten Umsatzgrenze bleiben. Sie würde dann nicht mehr nur für kleine und mittelständische Unternehmen gelten, sondern auch für sogenannte Midcap-Unternehmen mit mittlerer Marktkapitalisierung.

Außerdem soll die Ausnahme von der Ausnahme nur noch gelten, wenn die verarbeiteten Daten ein „hohes Risiko für Rechte und Freiheiten“ bedeuten können. Darüber hinaus sollen Organisationen von der Dokumentationspflicht befreit werden, wenn sie Daten verarbeiten, weil Sozial- oder Beschäftigungsgesetze das vorschreiben.

Datenschutzbehörden stimmen vorläufig zu

Diesem Vorschlag stehen der Europäische Datenschutzbeauftragte und der Europäische Datenschutzbeauftragte vorsichtig optimistisch gegenüber: Man könne „vorläufige Zustimmung“ zu dem Vorhaben äußern, heißt es im Antwortbrief der Datenschutz. „Gerade im Mittelstand ist der Wegfall der Dokumentationspflicht keine Entbindung von Vorgaben zum tatsächlichen Datenschutz sei. Zudem fordern sie die Kommission auf, zu prüfen, ob der Entwurf einen angemessenen und fairen Ausgleich zwischen dem Schutz personenbezogener Daten und den Interessen der Organisationen gewährleistet.“

Wesentlich kritischer äußert sich Itxaso Dominguez de Olazábal von EDRi, dem europäischen Dachverband der digitalen Zivilgesellschaft. In einer [Analyse auf TechPolicyPress](#) warnt sie davor, dass auch die Verarbeitung sensibler Daten künftig nicht mehr zwingend dokumentiert werden müsste. „Diese Änderungen könnten einfach nur ein aufgrund der Größe und des Umsatzes eines Unternehmens weitreichende Ausnahmen schaffen“, so Dominguez de Olazábal. Dabei werde ignoriert, dass datenbezogene Risiken nicht unbedingt proportional zur Anzahl von Mitarbeiter:innen seien.

Werbefreier Journalismus.

**24 Stunden am Tag.
365 Tage im Jahr.**

Nur möglich dank deiner Unterstützung. [Spende jetzt.](#)

Auch [Elisabeth Nieker](#) vom Verein Digitale Gesellschaft ist skeptisch. Die Rechtsanwältin berät Unternehmen beim Datenschutz und berichtet von der praktischen Bedeutung des Datenverarbeitungszeichnisses für einen funktionierenden Datenschutz. „Gerade im Mittelstand ist der erste Schritt, um Datenschutz im Unternehmen in den Griff zu bekommen, oft schlichtes Aufräumen: Welche Datenbestände haben wir überhaupt? Was davon brauchen wir wirklich und was kann weg? Welche IT-Dienstleister hängen daran?“

Wer keinen Überblick über die eigenen Verarbeitungen habe, werde an der Einhaltung des Rechts scheitern. „Dem Bürokratieabbau würde man mit der Abschaffung eines Bärendienst erweisen.“

“Das würde die Büchse der Pandora öffnen“

Itxaso Dominguez de Olazábal von EDRi warnt zudem davor, dass die Mini-Reform im derzeitigen politischen Klima nur ein Türöffner für weitere Deregulierung sein könnte. Für das Jahresende hat die EU-Kommission ein größeres „Digitalpaket“ angekündigt, das viele Digital-Gesetze der EU vereinfachen soll. Davon könnte auch die Datenschutzgrundverordnung betroffen sein, fürchtet Dominguez de Olazábal. Wer sie jetzt für vermeintlich kleine Änderungen aufmahe, würde die „Büchse der Pandora öffnen“.

Dominguez de Olazábal zieht hier eine Parallele zum aktuellen Vorgehen der EU beim Lieferkettengesetz. Auch hier hatte Ursula von der Leyen ursprünglich nur kleinere Maßnahmen zum Bürokratieabbau versprochen, nun soll das Gesetz [weitgehend entkern](#) werden. „Es scheint ein allgemeiner Drang zu bestehen, regulatorische Schutzmaßnahmen aufzuheben – eine Bereitschaft, vermeintliche Hindernisse für das Wirtschaftswachstum zu beseitigen, ungeachtet der möglichen Folgen für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte.“

Deine Spende für digitale Freiheitsrechte

Wir berichten über aktuelle netzpolitische Entwicklungen, decken Skandale auf und stoßen Debatten an. Dabei sind wir vollkommen unabhängig. Denn unser Kampf für digitale Freiheitsrechte finanziert sich zu fast 100 Prozent aus den Spenden unserer Leser:innen.

just one moment ...



Über die Autorin

Maximilian Henning

Maximilian ist freier EU-Korrespondent zu Digitalthemen in Brüssel. Nebenher bastelt er auch gern an Datenanalysen und postet auf [seiner Webseite](#) darüber, wenn etwas Interessantes herauskommt.

Kontakt: [E-Mail](#) ([OpenPGP](#)) [Mastodon](#) [Bluesky](#)

ingo

Ingo ist Journalist und Kommunikationswissenschaftler. Seit 2016 ist er Redakteur bei netzpolitik.org und u.a. Ko-Host des Podcasts [GfÜ_09](#). Er schreibt häufig über Datenmissbrauch und Datenschutz, Big Tech, Plattformregulierung, Transparenz, Lobbyismus, Online-Werbung, Wahlkämpfe und die [Politik 2024](#) wurde er mit dem [Alltagstakt](#), [Medienmagis](#) und dem [Grimme-Online-Award](#) ausgezeichnet. Ingo ist Mitglied des Vereins Digitale Gesellschaft sowie der Evangelischen Kirche. Seit 02/2025 ist sein Buch erhältlich: ["Digitaler Kolonialismus: Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen"](#).

Kontakt: [E-Mail](#) ([OpenPGP](#)) [Mastodon](#) [Bluesky](#) [FrapDasStaat](#)

Veröffentlicht	Kategorie	Schlagworte
16.05.2025 um 12:31	Datenschutz	bürokratie, Bürokratieabbau, datenschutzgrundverordnung, Deregulierung, Digitale Gesellschaft, DSGVO, EDRi, Elisabeth Nieker, EU, eu-datenschutzgrundverordnung, EU-Kommission, Europa, Europäischer Datenschuttsausschuss, europäischer Datenschutzbeauftragter, Itxaso Dominguez de Olazabal

Weitere Artikel**Databraker Files Neuer Datensatz enthüllt 40.000 Apps hinter Standort-Tracking**

380 Millionen Standortdaten aus 137 Ländern: Ein bislang unbekannter Datensatz zeigt so umfangreich wie nie zuvor Gefahren des globalen Datenhandels. 40.000 Apps sind betroffen.

Darunter quere Dating-Apps. Mit alarmierender Genauigkeit geortet wurden Nutzer:innen von Wetter Online, Focus Ingo und Kleinanzeigen.

Sebastian Meineck, Ingo Dachwitz - 15.01.2025

Kritische Rohstoffe und Menschenrechte „Ursula von der Leyen muss Wort halten“

Europas Lieferkettengesetze galten als Meilenstein beim Schutz von Menschenrechten, jetzt werden sie dem „Bürokratieabbau“ geopfert.

Darüber haben wir mit Kristina Hartas und Christian Rumu von Amnesty International gesprochen. Ein Interview über Kobalt aus dem Kongo, koloniale Kontinuitäten und die Verantwortung Europas.

Ingo Dachwitz - 08.05.2025

Digitalpolitischer Rückblick Fünf Jahre von der Leyen

Im Juni wählt Europa ein neues Parlament und bekommt auch eine neue EU-Kommission. Deren alte Präsidentin wird wahrscheinlich auch die neue sein: Ursula von der Leyen. Was hat die mächtigste Frau der Welt in den vergangenen fünf Jahren netzpolitisch erreicht? Wir prüfen ihre Versprechen.

Maximilian Henning - 02.05.2024

6 Ergänzungen

Sozialberater sagt:
16. Mai 2025 um 12:01 Uhr
Bürokratie Abbau ist richtig und wichtig um wieder mehr Wachstum und damit Wohlstand für die Bevölkerung zu ermöglichen. Zumal die ganze Bürokratie und Dokumentationsbau ja auch nur zum technischen Datenschutz mit beigetragen hat. Genauso wie der Verlust an Lebenszeit der drauf geht um unsinnige DSGVO Datenschutz Banner weg zu klicken.

Die Idee das Bürokratie Daten schützt fand ich jedenfalls schon immer sehr absurd. Wird Zeit mehr zu verschlüssen und Werbe Tracking vollständig zu verbieten. Das würde Datenschutz bedeuten, echten Datenschutz.

Antworten

Markus Reuter sagt:
16. Mai 2025 um 13:04 Uhr
Ich finde ja, dass es schon gut ist, wenn sich Firmen bei der Dokumentation mal überlegen müssen, welche Daten sie wo sammeln, bei wem speichern, wo weiterverarbeiten – und wo sie Daten sparen könnten. Ganz im Sinne des Bürokratieabbaus.

Antworten

Anonymous sagt:
17. Mai 2025 um 10:22 Uhr
> Bürokratie Abbau ist richtig und wichtig um wieder mehr Wachstum und damit Wohlstand für die Bevölkerung zu ermöglichen.
„Bürokratieabbau“ wird gerne überschätzt. Außerdem ist die DSGVO dafür da, damit Unternehmen nicht alles speichern (dürfen) was ihnen vor die Füße läuft. Die USA dienen in dem Kontext eher als abschreckendes Beispiel.

> Genauso wie der Verlust an Lebenszeit der drauf geht um unsinnige DSGVO Datenschutz Banner weg zu klicken.
Die Banner sind nicht unsinnig und aufgrund der von Unternehmen in ihnen verwendeten Dark Patterns lohnt es sich, sich mit ihnen zu befassen und die richtige Schaltflächen anzuklicken. Beim Verbot von Werbetacking bin ich aber ganz bei dir. Eine Supermarktkette, die noch von den Angehörigen von der Schwangerschaft einer Frau weiß (<https://arxiv.org/abs/1109.0101>) ist gruselig, widerwärtig und grenzt IMHO an Stalking.

Antworten

Marvin sagt:
16. Mai 2025 um 16:50 Uhr
Wenn man ein unausgegühtes bürokratisches Konvolut erschaffen hat, das offensichtlich seinen Zweck nicht erfüllt – dann ist die Lösung ein weiteres bürokratisches Konvolut.
Das Kernproblem der DSGVO sind der mangelnde Wille und die ungeklärten Zuständigkeiten bei der Umsetzung. Mag sein, dass es im Sinne der EU-Kommission ist, ein scharfes Schwert zu haben, mit dem man wirklich auserkorene Ziele zerhacken kann.

Mit Demokratie und Datenschutz hat das allerdings nichts zu tun.
Was wir statt der DSGVO brauchen, sind wenige, klar verstellte Regeln, die konsequent und gegen jeden durchgesetzt werden. Nicht ein Korvolut, und kein Ministerialbürokratie, während die großen Plattformen einfach ihre AGB ändern und weiter machen wie zuvor. Und sich im Zweifelsfall darauf verlassen können, dass die irische Datenschutzbehörde jedes Verfahren ziemlich sicher im Sande verlaufen lässt.

Antworten

Marco Habeck sagt:
17. Mai 2025 um 07:31 Uhr
Nun da Problem ist aber das niemand erkennt weshalb wir diese kleinteiligen Regeln überhaupt haben. Weil offenbar bis ins kleinste formulierte Gesetze und Moral keine Wirkung mehr haben. Es wird immer nach eine Lücke gesucht, „das steht aber so da nicht drin“. Mit dem Abbau fallen dann Regeln weg die der Lobby lästig sind. Siehe was hier in der Landwirtschaft unter Bürokratieabbau verstanden wird. Es ist er ein gesellschaftliches Problem in allen Umgeb. Die Lücke zu suchen wenn sie nicht schon durch gute Lobbyarbeit in Gesetzen hinein formuliert wurden. CumEx war ein gutes Beispiel dafür das manche keine Moral mehr haben, bis weit in die Politik hinein.

Antworten

Wladislaw sagt:
17. Mai 2025 um 13:09 Uhr
„Sie müssen etwa festhalten, welche Daten sie wofür verarbeiten, welche Kategorien von Personen von einer Datenverarbeitung betroffen sind und auch, an welche Empfänger:innen Datenübermittelt werden. Zudem soll technische und organisatorische Maßnahmen dokumentiert werden, mit denen die Daten geschützt werden.“
Das sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein, genauso wie die Dokumentation von Maßnahmen zum Brandschutz oder der Ersthelfer in einem Unternehmen.

Ich denke die Festlegung von Untergrenzen in Bezug auf Umsatz oder Angestellte ist überhaupt nicht zeitgemäß bei dem hohen Automatisierungsgrad in der IT. WhatsApp hatte 55 Angestellte als sie für 19 Milliarden US\$ von Facebook gekauft wurden.
Noch dazu lässt die Ausnahme bei einem „hoh[e]n Risiko für Rechte und Freiheiten“ so viel Spielraum für Interpretation, dass sie auch gleich weggelassen werden könnte.

Ich kann die Sorge der EDRi jedenfalls gut nachvollziehen.

Antworten

Wir freuen uns auf Deine Anmerkungen, Fragen, Korrekturen und inhaltlichen Ergänzungen zum Artikel. Bitte keine reinen Meinungsbeiträge! Unsere Regeln zur Veröffentlichung von Ergänzungen findest Du unter netzpolitik.org/kommentare. Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht.

Deine Ergänzung

Name

E-Mail

Meinen Namen, meine E-Mail-Adresse und meine Website in diesem Browser für die nächste Kommentierung speichern.